

**79. GEMEINSAME SITZUNG
DES FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION
UND DES STÄNDIGEN RATES**

1. Datum: Mittwoch, 28. Oktober 2020 (über Videokonferenz)

Beginn: 10.05 Uhr
Schluss: 12.35 Uhr

2. Vorsitz: Botschafterin G. Bräutigam (FSK) (Deutschland)
Botschafter I. Hasani (StR) (Albanien)

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte die Vorsitzende (FSK) die Teilnehmer an die Modalitäten für die Durchführung der Sitzung angesichts der mit der COVID-19-Pandemie verbundenen Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen (FSC-PC.GAL/6/20 OSCE+).

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG ZUM STRUKTURIERTEN DIALOG – BERICHT DES VORSITZES DER INFORMELLEN ARBEITSGRUPPE ZUM STRUKTURIERTEN DIALOG

Vorsitzende (FSK), Vorsitzender (StR), Vorsitz der informellen Arbeitsgruppe zum Strukturierten Dialog (CIO.GAL/195/20 Restr.), Deutschland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra, Georgien und San Marino) (FSC-PC.DEL/52/20), Deutschland (FSC-PC.DEL/49/20 OSCE+), Slowenien (FSC-PC.DEL/38/20 OSCE+), Vereinigtes Königreich (FSC-PC.DEL/36/20 OSCE+), Belarus (FSC-PC.DEL/48/20 OSCE+), Türkei (FSC-PC.DEL/46/20 OSCE+) (FSC-PC.DEL/47/20 OSCE+), Polen (FSC-PC.DEL/39/20 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC-PC.DEL/41/20), Georgien (FSC-

PC.DEL/50/20 OSCE+), Österreich (FSC-PC.DEL/42/20 OSCE+), Kanada (FSC-PC.DEL/51/20 OSCE+), Schweiz, Ukraine (FSC-PC.DEL/43/20 OSCE+), Russische Föderation (Anhang 1) (Anhang 2), Lettland (Anhang 3), Armenien (FSC-PC.DEL/53/20), Litauen (FSC-PC.DEL/37/20 OSCE+), Norwegen (FSC-PC.DEL/35/20), Slowakei, Schweden, Aserbaidschan

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

wird noch bekanntgegeben



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Forum für Sicherheitskooperation
Ständiger Rat

FSC-PC.JOUR/66
28 October 2020
Annex 1

GERMAN
Original: RUSSIAN

79. Gemeinsame Sitzung des FSK und des StR
FSK-StR-Journal Nr. 66, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Verehrte Kovorsitzende,

wir sind dankbar für die Ausrichtung dieser gemeinsamen Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation der OSZE und des Ständigen Rates der OSZE, die uns Gelegenheit zu einer Bestandsaufnahme über die diesjährige Tätigkeit der informellen Arbeitsgruppe (IWG) zum Strukturierten Dialog bietet. Wir danken dem geschätzten Botschafter Luis Cuesta Cívís und dem hochprofessionellen Team des spanischen Vorsitzes für ihre kompetente Leitung der IWG und für die Vorbereitung eines hochqualitativen Berichts über die wichtigsten Diskussionsthemen. Es ist von symbolischer Bedeutung, dass Deutschland, das diesen Verhandlungsprozess 2016 angestoßen hat, in der heutigen Sitzung den Kovorsitz führt.

Dieses Jahr war für den Strukturierten Dialog kein leichtes. Wegen der Quarantänemaßnahmen aufgrund der COVID-19-Pandemie wurden die ursprünglichen Pläne stark zurückgefahren und die Anzahl geplanter Veranstaltungen reduziert. Dennoch hat der spanische Vorsitz beträchtliche Anstrengungen unternommen, um den Dialog aufrechtzuerhalten und dabei angesichts der Umstände einen kreativen und innovativen Ansatz an den Tag legt.

Mithilfe moderner Remote-Technologien haben gehaltvolle Erörterungen über die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die politisch-militärische Lage, über Wege zur Erhöhung der Transparenz militärischer Aktivitäten und über die Verhütung von Zwischenfällen stattgefunden. Die OSZE-Teilnehmerstaaten haben sich über ihre Einschätzungen ausgetauscht und interessante, oft auch widersprüchliche Sichtweisen auf die Geschehnisse dargelegt. Dieser Diskurs ist wichtig und nützlich. Unserem Eindruck nach hat sich die Atmosphäre bei den Sitzungen ein wenig zum Besseren verändert. Beim letzten Workshop hat sich deutlich herausgestellt, wie viel fruchtbarer – im Gegensatz zum Thema der „hybriden“ Bedrohungen – Erörterungen mit Schwerpunkt auf konkreten Praxisfragen auf Ebene der militärischen Fachleute sind.

Die Ergebnisse der Sitzungen haben erneut gezeigt, dass es bei großer Meinungsvielfalt gemeinsamer Anstrengungen und eines kollaborativen Ansatzes bedarf, um mit den Aufgaben umzugehen, denen wir nach wie vor gegenüberstehen. Dazu gehört insbesondere, das Ausmaß der Konfrontation in Europa zu verringern und militärisch Zurückhaltung walten zu lassen, Zwischenfälle auf hoher See und im Luftraum darüber zu verhüten und Stabilität

und Vertrauen zu stärken. Dies sind die Themenblöcke, die unserer Überzeugung nach im Mittelpunkt des Strukturierten Dialogs stehen sollten.

Nach Ansicht unserer Militärs zeigt jedoch die Analyse der Sitzungen zum Strukturierten Dialog über mehrere Jahre, dass die Erörterungen über Transparenzmaßnahmen bei militärischen Aktivitäten noch keine greifbaren positiven Ergebnisse gezeitigt haben. Unsere deutlichen Hinweise auf die Notwendigkeit einer Deeskalation der Lage einschließlich einer beiderseitigen Verringerung der militärischen Aktivitäten an den Grenzen zwischen Russland und den NATO-Staaten sowie einer Verbesserung der Mechanismen zur Verhütung von Zwischenfällen und gefährlichen militärischen Aktivitäten, wurden und werden ignoriert. Die Aktivitäten von Streitkräften der NATO nahe unseren Grenzen werden fortgesetzt und nehmen sogar zu. Wir haben im Zuge politisch-militärischer OSZE-Veranstaltungen dazu wiederholt genaue Informationen zur Verfügung gestellt.

Trotzdem hören wir auf den Sitzungen der IWG weiterhin haltlose Erklärungen über die russische „Aggression“, die uns entweder in Erstaunen versetzen oder mit einem Gefühl trauriger Ironie erfüllen – insbesondere dann, wenn diese Erklärungen etwa vom Vertreter eines Landes kommen, in das aus anderen NATO-Mitgliedstaaten drei Dutzend schwere Panzer verlegt wurden, um 15 km vom Gebiet des Nachbarstaats entfernt Übungen durchzuführen. Solche Aktivitäten geben nicht nur Anlass zu legitimen Sicherheitsbesorgnissen, sondern auch zur Frage, was der militärische Grund für ihre Durchführung in so großer Nähe zur Grenze ist.

Zum Thema Transparenz möchte ich einen sehr wichtigen Aspekt betreffend die effektive Verwendung und objektive Wahrnehmung von Informationen ansprechen, die von OSZE-Teilnehmerstaaten zu militärischen Übungsaktivitäten bereitgestellt werden. Dieses Jahr haben wir alle verfügbaren Gelegenheiten genutzt, um unsere Partner über unsere groß angelegten militärischen Aktivitäten zu unterrichten. Dazu gehören die kurzfristig angesetzte Inspektion der Bereitschaft unserer Truppen zur Eingrenzung der drohenden Verbreitung von Viruserkrankungen (25. bis 28. März) und auch die Führungsstabübung „Kaukasus 2020“ (21. bis 26. September). Im Rahmen unserer freiwilligen Transparenzmaßnahmen haben wir über das Kommunikationsnetz der OSZE Notifikationen übermittelt, auf dem offiziellen Internetportal des Verteidigungsministeriums und in den Medien detaillierte Informationen veröffentlicht und in Moskau und Wien zusätzliche Unterrichtungen abgehalten. Kurz: Alle Ressourcen wurden ausgeschöpft.

Wir können unsere Überraschung darüber nicht verbergen, dass sich trotz der von uns ergriffenen Maßnahmen bei den Sitzungen zum Strukturierten Dialog im Juni und Oktober eine Reihe von Teilnehmerstaaten über einen angeblichen Mangel an Transparenz unsererseits beschwerte. Leider gaben sie dabei nicht an, was für weitere moderne technische Mittel zum Einsatz kommen müssen, damit diese Informationen ankommen. Wie sind die Kriterien für die Angemessenheit der Informationen über Übungen und andere militärische Aktivitäten denn zu definieren? Wir warten bis heute auf eine logisch begründete Antwort unserer Partner. Wir gehen davon aus, dass diese auf Tatsachen und nicht auf einer subjektiven Realitätswahrnehmung basieren wird.

Bei unserer Beteiligung am Strukturierten Dialog berücksichtigen wir natürlich die allgemeinen politisch-militärischen Gegebenheiten im euroatlantischen Raum, die derzeit nicht gerade beruhigend sind. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Initiative, die

militärischen Kontakte auszusetzen, von der NATO ausging, die zugleich viele Tausend Truppen an ihre Ostgrenzen entsandt hat und weiterhin provozierende Militärübungen durchführt und nahe unserer Staatsgrenze den taktischen Einsatz strategischer Heeresflieger probt. Zusätzlich erschwert wird die Lage durch das jüngst unterzeichnete *Enhanced Defense Cooperation Agreement* zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Polen, das eine Erhöhung der Gesamtzahl der US-Streitkräfte in Polen vorsieht. Wir weisen auf die potenzielle Gefährlichkeit dieses Schritts hin, der zu einer Verletzung der NATO-Russland-Grundakte von 1997 führen und damit den Bestand dieses überaus wichtigen Dokuments aufs Spiel setzen könnte.

Diese Beispiele zeigen, dass zwischen den Forderungen der NATO nach militärischer Zurückhaltung und den tatsächlichen Gegebenheiten eine deutliche Lücke klafft. Unter diesen Umständen ist eine Modernisierung des Wiener Dokuments 2011 für Russland nicht hinnehmbar.

Sehr geehrte Kovorsitzende,

der Strukturierte Dialog geht nun in sein fünftes Jahr. Es ist höchste Zeit, dass dieses Format praktische Ergebnisse zeitigt. Es ist erfreulich, dass heute die Mehrheit der OSZE-Teilnehmerstaaten ihr Bekenntnis zum Verhandlungsprozess zum Ausdruck gebracht hat und seine Fortsetzung befürwortet. Wir stimmen zu, dass dies im gegenwärtigen Umfeld nach wie vor notwendig ist. Das Motto des spanischen Vorsitzes für die IWG – „Sicherheit durch wechselseitiges Verständnis“ – ist aktueller denn je.

Einstweilen zeigt sich aus unserer Sicht, dass keineswegs jeder zur gemeinsamen Sacharbeit bereit ist. Es ist besorgniserregend, dass sich eine Reihe von OSZE-Teilnehmerstaaten in politisch befrachteten Kampagnen gegen einzelne Staaten ergeht. Diese Praxis weicht vom Mandat des Strukturierten Dialogs gemäß der Erklärung des Ministerrats der OSZE in Hamburg (2016) ab und ist der Schaffung eines Umfelds, das „ein Wiedererstarken der konventionellen Rüstungskontrolle und der VBSM in Europa begünstigt“, nicht förderlich. Besonders klar trat dies in den Erörterungen über „hybride Bedrohungen“ zutage. Wir sind der Meinung, dass dies auf Konfrontation ausgerichtet ist und sich nachteilig auf die Entwicklung des Prozesses auswirkt. Wir bekräftigen, dass wir nicht an Veranstaltungen teilnehmen werden, wenn „hybride Bedrohungen“ auf der Tagesordnung der IWG stehen.

Wie der verehrte Vorsitzende der IWG, Botschafter Cuesta, erwähnt hat, handelt es sich beim Strukturierten Dialog um einen Prozess, der von den Teilnehmerstaaten vorangetrieben wird. Wenn die Partner bereit sind, auf Augenhöhe nicht nur Worte zu wechseln, sondern auch aktiv Taten zu setzen, um die Spannungen abzubauen, würde es sich anbieten, kommendes Jahr den Schwerpunkt auf eine praktische, professionelle und entpolitisierte Arbeit an Deeskalationsmaßnahmen zu legen, einschließlich einer beiderseitigen Verringerung der militärischen Aktivitäten entlang der Grenzen zwischen Russland und den NATO-Staaten. Dies könnte das Sicherheitsklima mithilfe von Kooperationsmechanismen erheblich verbessern.

Wir befürworten eine Rückkehr des Strukturierten Dialogs zu seinen Wurzeln entsprechend dem Mandat von Hamburg. Es ist wichtig, sich von fruchtlosen Erörterungen zu verabschieden und eine positive Agenda zu verfestigen, indem der Schwerpunkt der

Diskussion auf die Schaffung eines gemeinsamen Verständnisses von militärischer Sicherheit und Stabilität auf unserem Kontinent gelegt wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

79. Gemeinsame Sitzung des FSK und des StR
FSK-StR-Journal Nr. 66, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Sehr geehrte Kovorsitzende,

ich halte es für notwendig, auf die politisch befrachteten Bemerkungen einer Reihe von Delegationen, insbesondere jener der Ukraine, betreffend die Republik Krim und die Stadt föderalen Ranges Sewastopol zu antworten. In diesem Zusammenhang möchte ich diese Delegationen noch einmal an ein bekanntes Sprichwort erinnern: „Hundertmal ‚Halva‘ zu sagen, macht den Geschmack nicht süßer.“

Die Republik Krim und die föderale Stadt Sewastopol haben den vollen Status von Föderationssubjekten der Russischen Föderation. Die Entscheidung der Bevölkerung der Krim, sich mit Russland wiederzuvereinigen, ist absolut rechtens. Wie der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin erklärt hat, steht diese Frage nicht zu Debatte und ist bereits abschließend geklärt.

Wir betrachten die Erklärungen einiger Delegationen zur Lage in der Ukraine im Rahmen der Erörterung der Ergebnisse des Strukturierten Dialogs 2020 als eindeutig unangemessen. Wir fordern unsere Partner nachdrücklich auf, vom Versuch Abstand zu nehmen, unseren Erörterungen eine politische Stoßrichtung zu verleihen, und sich an die genehmigte Tagesordnung zu halten. Da sich außerdem manche Delegationen zu feindseligen Bemerkungen über mein Land berufen fühlten, scheint es mir notwendig, Folgendes festzuhalten:

Als einer der Vermittler, die sich um eine friedliche Beilegung bemühen, betont Russland die direkte Verantwortung der ukrainischen Regierung für die praktische Umsetzung aller Aspekte des Minsker Maßnahmenpakets und der auf dem Gipfeltreffen im „Normandie-Format“ in Paris erteilten Vorgaben. Die ukrainische Regierung sollte die Strafaktion gegen die Zivilbevölkerung im Donbass unverzüglich einstellen, ihre Waffen zurückziehen und an die ausgewiesenen Lagerstätten bringen, alle illegalen Gruppen entwaffnen und ausländische militärische Ausrüstung und Söldner aus der Ukraine abziehen. Die unmenschliche sozioökonomische Blockade des Donbass sollte aufgehoben und der Region selbst unverzüglich ein Sonderstatus eingeräumt werden. Alle Verpflichtungen der Ukraine aus den Minsker Vereinbarungen müssen erfüllt werden.

Wir fordern unsere internationalen Partner und die externen „Einflüsterer“ der Ukraine auf, ihren Einfluss auf die ukrainische Führung geltend zu machen, im Hinblick auf die Erzielung einer raschen Umsetzung der Bestimmungen des (vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gebilligten) Maßnahmenpakets durch einen direkten und dauerhaften Dialog zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Luhansk.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Forum für Sicherheitskooperation
Ständiger Rat

FSC-PC.JOUR/66
28 October 2020
Annex 3

GERMAN
Original: ENGLISH

79. Gemeinsame Sitzung des FSK und des StR
FSK-StR-Journal Nr. 66, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION LETTLANDS

Frau Vorsitzende,
Herr Vorsitzender,

Lettland schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an. Ich möchte jedoch als Vertreterin meines Landes einige Bemerkungen hinzufügen, insbesondere in Bezug auf das Wiener Dokument und hybride Bedrohungen.

Zuallererst möchte ich meinem spanischen Kollegen, Botschafter Luis Cuesta Civis, und seinem Team namens meiner Delegation für ihre Bemühungen um die Sicherstellung eines gehaltvollen Programms für den Strukturierten Dialog unter den außergewöhnlichen Umständen, mit denen wir zurzeit konfrontiert sind, danken.

Wir schätzen den Strukturierten Dialog als Rahmen für Erörterungen über politisch-militärische Aspekte der Sicherheit, die unsere Bedrohungswahrnehmungen prägen. Die schwierige Sicherheitslandschaft, mit der wir es heute zu tun haben, macht diese Erörterungen noch wichtiger und relevanter als zuvor. Es ist klar, dass die gegenwärtigen Herausforderungen für die Stabilität und Sicherheit in der Region nicht auf einen Mangel an etablierten Prinzipien für den Umgang der Staaten miteinander oder ein Fehlen von Vereinbarungen über konventionelle Rüstungskontrolle zurückzuführen sind. Diese Prinzipien und Vereinbarungen gibt es sehr wohl, und wir müssen sie nicht neu erfinden.

Das Wiener Dokument ist eines der wichtigsten politisch-militärischen Instrumente der OSZE. Es sieht eine breite Palette an Maßnahmen vor, die auf die Förderung von Transparenz, militärischer Berechenbarkeit und Stabilität, die Verminderung der Risiken und die Verhütung militärischer Zwischenfälle abzielen. Aus unseren Erörterungen auf der heutigen Sitzung und beim Treffen der informellen Arbeitsgruppe zum Strukturierten Dialog Anfang dieses Monats ergibt sich erneut die Notwendigkeit einer vollständigen Einhaltung der bestehenden Verpflichtungen und einer konstruktiven Arbeit am Prozess der Modernisierung des Wiener Dokuments. In diesem Zusammenhang möchten wir erneut bekräftigen, dass der gemeinsame Vorschlag für die Modernisierung des Wiener Dokuments, der von 34 Teilnehmerstaaten unterstützt wird, den besten Zukunftsansatz zur Stärkung von Transparenz und Berechenbarkeit, Verminderung der Risiken und Verhütung von Zwischenfällen darstellt.

Erörterungen über die Verhütung und Regelung von Zwischenfällen und der Austausch nachahmenswerter Verfahren für die Risikominderung fördern neue Ideen für die Erhöhung des Vertrauens zwischen den Teilnehmerstaaten zutage. Der Gedankenaustausch auf Expertenebene und Kontakte auf militärischer Ebene könnten zu mehr Transparenz und Berechenbarkeit beitragen. Neue freiwillige Maßnahmen können jedoch kein Ersatz für die vollständige Umsetzung ihrer verbindlichen Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten nach Treu und Glauben sein.

Lettland ist eines von vielen Ländern, die hybride Bedrohungen als sehr reale und maßgebliche Sicherheitsbesorgnis sehen. Das Thema verdient unsere Aufmerksamkeit und steht voll und ganz im Einklang mit dem Mandat von Hamburg für den Strukturierten Dialog, da es sich bei hybriden Bedrohungen um eine aktuelle Sicherheitsherausforderung im OSZE-Raum mit gravierenden Auswirkungen im breiteren politisch-militärischen Kontext handelt.

Hybride Bedrohungen prägen unsere Bedrohungswahrnehmung – ein entscheidender Faktor für jeden bedeutsamen Dialog über Vertrauen zur Stärkung von Sicherheit und Stabilität. Wir sind der Meinung, dass eine Aufschlüsselung des Konzepts der „hybriden Bedrohungen“ in konkrete Unterpunkte in der Tat nützlich sein könnte. Wir müssen uns jedoch im Klaren sein, dass es sich bei den hybriden Bedrohungen um eine komplexe Sicherheitsherausforderung handelt: Sie umfassen ein breites Spektrum an militärischen und nichtmilitärischen Aspekten und werden stark durch allgemeinere strategische und politische Entwicklungen beeinflusst. Wir sollten uns der umfassenden Natur hybrider Bedrohungen sehr bewusst bleiben und sicherstellen, dass ein allgemeiner Gedankenaustausch über hybride Bedrohungen und deren Auswirkungen auf der Tagesordnung bleibt.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Ich danke Ihnen.